



EUROPÄISCHE UNION



Brüssel, den 3. Mai 2012  
(OR. en)  
9487/1/12 REV 1  
PRESSE 188

**Erklärung der Hohen Vertreterin Catherine Ashton  
im Namen der Europäischen Union  
anlässlich des Welttags der Pressefreiheit am 3. Mai 2012**

"Das in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerte Recht auf freie Meinungsäußerung schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert zu vertreten sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten. Anlässlich des Welttags der Pressefreiheit erinnert die Europäische Union an diese Grundprinzipien und zollt all jenen Tribut, die für die Achtung des Rechts auf freie Meinungsäußerung sowie für eine freie, pluralistische Presse und freie, pluralistische Medien kämpfen.

Zensur und Schikane gegenüber Redakteuren, Schriftstellern, Journalisten oder Bloggern sind ebenso unannehmbar wie die Anwendung von Gewalt gegenüber ihnen oder von Staatsseite veranlasste Festnahmen. Die EU lobt die mutige Arbeit von Journalisten, die häufig trotz äußerst prekärer Bedingungen weiter unabhängige Informationen liefern. Die EU ruft alle Staaten auf, die Sicherheit von Journalisten zu gewährleisten und ihnen zu ermöglichen, ihre zentrale Rolle, die darin besteht, über Ereignisse zu berichten und sie zu kommentieren, unabhängig und ohne Angst vor Gewalt oder Schuldzuweisungen wahrzunehmen.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung erstreckt sich auch auf das Internet und andere Medien und die EU lehnt jede ungerechtfertigte, unangemessene Einschränkung des Zugangs oder der Nutzung dieser Medien strikt ab."

Das Beitrittsland Kroatien\*, die Bewerberländer Türkei, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien\*, Montenegro\*, Island<sup>†</sup> und Serbien\*, das Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenzielle Bewerberland Albanien, die dem Europäischen Wirtschaftsraum angehörenden EFTA-Länder Liechtenstein und Norwegen sowie die Ukraine, die Republik Moldau, Armenien und Georgien schließen sich dieser Erklärung an.

\* Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro und Serbien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

<sup>†</sup> Island ist weiterhin Mitglied der EFTA und des Europäischen Wirtschaftsraums.

---

**P R E S S E**

---